



Einzureichen an:

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Kommunalentwicklung und
Beratung
Domplatz 12
39104 Magdeburg

Von der Investitionsbank auszufüllen

Eingangsdatum



und elektronisch

- entweder per Datenträger
(USB-Stick, CD-/DVD-ROM)
- oder per E-Mail¹ an
anja.sierau@ib-lsa.de

Ich/Wir habe(n) zur Förderung der Industriekultur einen Antrag beim Landesverwaltungsamt bzw. Land Sachsen-Anhalt gestellt und reiche(n) hiermit den erforderlichen Ergänzungsantrag für die Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm

Industriekultur Kultur

gemäß der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von kulturellen und künstlerischen Projekten und kulturellen Institutionen“ bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) ein

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

- | | |
|---|--|
| ☐ Landkreis, kreisfreie Stadt, Gemeinde, Verbandsgemeinde, sonstige Gemeindeverbände | ☐ kommunaler Zweckverband |
| ☐ öffentliches Unternehmen | ☐ gemeinnützige GmbH |
| ☐ öffentlich-rechtliche oder gemeinnützige privatrechtliche Stiftung | ☐ staatlich anerkannte Glaubens- oder Religionsgemeinschaft |
| ☐ Verein/Verband | |
| ☐ Sonstiges | <input type="text"/> |

1.1 Allgemeine Angaben

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)		Gründungsdatum*
Straße, Hausnummer		Vorwahl/Rufnummer
PLZ	Ort	ggf. Ortsteil
Branche/Tätigkeitsbereich*		Landkreis/Gemeindenummer
Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)		Vorwahl/Rufnummer/Fax
E-Mail		

Vorsteuerabzugsberechtigt? ☐ Ja ☐ Nein ☐ teilweise mit %

* nicht anzugeben bei Kommunen

¹ Bitte beachten Sie hierbei, dass der unverschlüsselte E-Mailversand unsicher und mit diversen Risiken verbunden ist.

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Ort des Vorhabens (sofern abweichend von Ziffer 1.1 dieses Antrages)

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

2.2 Vorhabensbezeichnung

Titel des Vorhabens

2.3 Geplante zeitliche Dauer

Beginn des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

geplantes Ende des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

Beabsichtigen Sie vor Erhalt des Zuwendungsbescheides mit der Maßnahme zu beginnen?

☐

Ja

☐

Nein

Hiermit beantrage ich/beantragen wir den vorzeitigen Maßnahmebeginn zum²

Tag/Monat/Jahr

Begründung für die Beantragung des vorzeitigen Maßnahmebeginns:

3. ERKLÄRUNG ZUR BEIHILFERELEVANZ (Zutreffendes bitte ankreuzen)

		ja ³	nein
3.1	Die geförderte Kultureinrichtung wird nicht intensiv außerhalb ihres regionalen Einzugsgebietes beworben und zieht dadurch keine Besucher aus anderen Mitgliedsstaaten an.	☐	☐
3.2 (A)	Ich/Wir erkläre(n), dass die zu fördernde kulturelle Einrichtung/kulturelle Stätte der Öffentlichkeit während der Dauer der Zweckbindung (alternativ bei Förderung von Einzelveranstaltungen Dauer der Veranstaltung bzw. bei Förderung von Ausstellungen Dauer der Ausstellung) kostenlos zugänglich sein wird.	☐	☐
(B)	alternativ:		
	Die Gesamtausgaben der Investition und für den Betrieb der Einrichtung (alternativ bei Förderung von Einzelveranstaltungen der Veranstaltung bzw. bei Förderung von Ausstellungen der Ausstellung) betragen		Euro
	Der Anteil des von Besuchern bzw. Teilnehmern erhobenen finanziellen Beitrags (ggf. zusätzlicher anderer kommerzieller Mittel) für den Betrieb der Einrichtung (alternativ bei Förderung von Einzelveranstaltungen der Veranstaltung bzw. bei Förderung von Ausstellungen der Ausstellung) beträgt auf der Grundlage einer realistischen Prognose		Euro
	Ich/Wir erkläre(n), dass im Zweckbindungszeitraum (bei Förderung einer Einzelveranstaltung im Zeitraum der Veranstaltung) der prozentuale Anteil der kommerziellen Einnahmen nicht mehr als 50 % der tatsächlichen Gesamtkosten des Betriebs der Einrichtung beträgt. Es handelt sich demnach um eine Aktivität nichtwirtschaftlicher Art. Eine Aufstellung über kommerzielle Einnahmen und Gesamtkosten, wurde dem Antrag beigelegt.	☐	☐

² Bitte beachten Sie, dass eine rückwirkende Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns nicht möglich ist. Ein vorzeitiger Maßnahmebeginn kann auch gesondert nach Einreichung des Ergänzungsantrages bei der IB beantragt werden.

³ Sofern Sie kein Feld mit „ja“ beantwortet haben, reichen Sie bitte die Erklärung des Unternehmers zur Frage eines Unternehmens in Schwierigkeiten (IB-Formblatt) ein.

4. WEITERE ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

- a) Mir/Uns sind die geltenden Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Programm Industriekultur Kultur und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt (RdErl. der Staatskanzlei vom 27.07.2017, MBl. LSA Nr. 40/2017 vom 09.10.2017 Bl. 670 ff. sowie der entsprechende Erlass des Landes vom 08.05.2023 zur Fortgeltung der vg. Richtlinie). Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder – sofern einschlägig – die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-P / ANBest-Gk werden anerkannt.
- b) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert. Die zu erwartenden Folgekosten können finanziert werden.
- c) (sofern zutreffend:) Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
- d) Ich versichere/Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten
- e) Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- f) Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- g) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
- h) Gegen mein/unser Unternehmen liegt keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von Deutschland gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vor, der ich/wir nicht nachgekommen bin/sind.
- i) Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- j) Ich/Wir versichere, dass das Vorhaben nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet ist.
- k) Ich/Wir erklären, dass die Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes vom 27.04.2002 (BGBl. I S. 1468) in der jeweils geltenden Fassung beachtet werden.
- l) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.
- m) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- n) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Ich/Wir gebe(n) hiermit mein/unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreie(n) ich/wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.
- o) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs – gilt nur bei Betrieben und Unternehmen (einschließlich öffentlicher Unternehmen):** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1.1, 1.1, 2.1, 2.2, 2.3, 3.1, 3.2 sowie 4.a), 4.b), 4.c), 4.d), 4.e), 4.f), 4.g), 4.h), 4.i), 4.j), 4.k), 4.l), 4.m) dieses Antrages und die Angaben in den ggf. noch beizufügenden Unterlagen „Unterschriftskarte“, „Datenschutzzerklärung“, „Erklärung des Unternehmens zur Frage eines „Unternehmens in Schwierigkeiten“ sowie „Erhebungsbogen zum Wirtschaftlich Berechtigten bei Juristischen Personen und Personengesellschaften“.
- Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

☐

Ja

☐

Nein

5. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

5.1 Zustimmung zur Beratung und Information (gilt nicht für Kommunen)

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Informationszwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person

Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

☐ **Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.**

b) Einwilligung zur Informationsübermittlung der IB

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

☐ **per Post** ☐ **telefonisch** ☐ **per E-Mail**

5.2 Hinweise zur Datennutzung

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

Uns/Mir ist bekannt, dass mein/unser Vorhaben gem. Ziffer 6.3 der Richtlinie sowie –sofern zutreffend– mit vorhabensrelevanten Daten bei der Gewährung einer staatlichen Beihilfe mit einem Betrag von mehr als 500.000 EUR mit Angaben gemäß Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht wird.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)